

Emanuel Richter Demokratischer Symbolismus

**Eine Theorie der Demokratie
suhrkamp taschenbuch
wissenschaft**

suhrkamp taschenbuch
wissenschaft 2194

Je häufiger sich politische Systeme, Medien oder Bürger in aller Welt auf die Demokratie berufen, desto mehr, so scheint es, schwindet ein klares Verständnis davon, was diese eigentlich sein soll. Wie Emanuel Richter in seinem originellen Buch zeigt, kann der »demokratische Symbolismus« eine grundlegende Funktionsbestimmung der Demokratie liefern, die auf einer allgemeinen, symbolischen Ebene als Handeln unter gleichrangigen Bürgern verstanden werden muss. Damit lassen sich erstens Kriterien und Bewertungen für alle politischen Vorgänge gewinnen, die beanspruchen, demokratisch zu sein. Zweitens lässt sich so die politische Teilhabe der Bürger als ein emanzipatorisches Projekt begreifen, das immer wieder aufs Neue die Herrschaft des Volkes zu verwirklichen sucht.

Emanuel Richter ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.

Emanuel Richter
Demokratischer Symbolismus

Eine Theorie der Demokratie

Suhrkamp

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2194

Erste Auflage 2016

© Suhrkamp Verlag Berlin 2016

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlag nach Entwürfen von

Willy Fleckhaus und Rolf Staudt

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-29794-0

Inhalt

Vorwort	7
1. Einleitung	
1.1 Demokratie jenseits ihrer umstrittenen Verwirklichungen	13
2. Der Weg zum Symbolismus: kritische Politik- und Demokratiegeschichte	
2.1 Michel Foucaults »Gouvernementalität«	31
2.2 Die kritische Demokratiegeschichte bei Pierre Rosanvallon	50
3. Demokratie als Symbolismus	
3.1 Symboltheorie	67
3.2 Die Abgrenzung gegenüber einer epistemischen Demokratietheorie	90
3.3 Intersubjektivität und Demokratie	110
4. Die Funktionen des demokratischen Symbolismus	
4.1 Demokratischer Symbolismus als politische Hermeneutik	139
4.2 Politik als symbolische Selbstregierung des Volkes	161
5. Politische Fragen	
5.1 Gleichheitspolitik	191
5.2 Zweifel und Protest	221

6. Schluss

6.1 Von einer analytischen Demokratietheorie zum emanzipatorischen Handeln	249
Literaturverzeichnis	267

Vorwort

Das Ringen um die Herrschaft des Volkes und um ihre angemessene Verwirklichung begleitet in teilweise dramatisch verlaufenden Wellenbewegungen die gesamte politische Geschichte der Menschheit. Insbesondere in der Moderne hat sich der Anspruch auf Volksherrschaft in zumeist kämpferischer Form konkretisiert und damit dem Schlüsselbegriffs der *Demokratie* eine enorme politische Bedeutung verliehen. Bis auf weiteres besitzt die Demokratie den Stellenwert einer überaus prominenten, positiv besetzten Leitkategorie, an der sich mittlerweile nahezu alle politischen Systeme in der Welt orientieren. In der Gegenwart üben sich unzählige politische Regierungssysteme, Verfassungsordnungen, politische Organe und Akteure in der demonstrativen Selbstverpflichtung auf die Demokratie. Die Demokratie genießt als Bezugspunkt guten Regierens eine weit verbreitete, beeindruckend einhellige Anerkennung.

Je mehr sich jedoch die Berufung auf die Demokratie zum politischen Standard verfestigt, umso schwieriger wird es, die darin enthaltenen Vorstellungen und Ideale identifizieren und begreifen zu können. Hinter einem glanzvoll aufgeladenen Begriff scheint sich inhaltliche Beliebigkeit auszubreiten. Im politischen Vokabular der Gegenwart hat die vielfache, vollmundige Berufung auf die Demokratie ihren festen Platz erlangt, während gleichzeitig immer seltener ein konturiertes Grundverständnis von Demokratie und von ihrer Bedeutung erkennbar ist. Der Leitbegriff der Demokratie verblasst zu einem hohlen Allgemeinplatz, in dem nur noch eine vage Vorstellung von Volksherrschaft mitschwingt und einige konventionelle Vorstellungen über die notwendigen Elemente der institutionellen Ausgestaltung von Demokratie enthalten sind. Ansonsten aber herrscht inhaltliche Freizügigkeit. Demokratie kann heutzutage alles Mögliche sein; alles Mögliche beansprucht, Demokratie zu sein.

Angesichts dieser Ausgangslage scheint der Versuch angebracht, einen Schritt zurückzutreten, um hinter allen willkürlich erscheinenden demokratischen Idealen, Erscheinungsformen und Realisierungsstufen nach einer allgemeineren, damit aber zugleich grundlegenden Funktionsbestimmung der Demokratie zu suchen.

Diese Suche führt zum »demokratischen Symbolismus«. Die Auseinandersetzung mit der verwirrenden Vielfalt der Demokratie wird auf die tiefer liegende Ebene einer symbolischen Funktionsbestimmung der Demokratie verlagert, aus der sich wiederum Maßstäbe für die Beurteilung aller Erscheinungsformen der Demokratie ableiten lassen. Der demokratische Symbolismus soll dazu dienen, übergeordnete Prüfungskriterien und kritische Bewertungsmaßstäbe für alle politischen Gegebenheiten und Vorgänge zu gewinnen, die beanspruchen, erfolgreich verwirklichte Demokratie zu sein. Damit deutet sich gleichzeitig an: Die Demokratie geht, entgegen allen konventionellen Vorstellungen, nicht vollständig in bestimmten Verfahrensabläufen, Institutionen oder Ordnungsmerkmalen auf. Sie muss stattdessen immer wieder aufs Neue als ein Streben danach verstanden werden, die politische Praxis aus demokratietheoretischer Perspektive zu beobachten und sie kontinuierlich an einem symbolischen Erfüllungsanspruch zu messen.

Das Buch dient dem Zweck, diesen Symbolbezug der Demokratie zu entwickeln und seinen Ertrag zu veranschaulichen. Es nimmt auf ein ganzes Bündel an Überlegungen Bezug, die ich im Laufe meiner kontinuierlichen Auseinandersetzung mit Demokratiefragen, insbesondere mit den neueren Impulsen dazu aus dem frankophonen Raum, und mit der republikanischen Politiktheorie angestellt habe. Ursprünglich hatte die Darlegung einiger zentraler Argumente die Länge eines Fachaufsatzes, der zum Ziel hatte, ausgehend von einer Kritik des schillernden Analysemodells der »Postdemokratie« zunächst einmal sehr allgemein auf eine symbolische Dimension jeglicher Vorstellungen von Demokratie und jeglicher Erscheinungsformen der Demokratie aufmerksam zu machen.¹ Im Zuge der Diskussionen aber, die ich in Fachkreisen, mit Studierenden und auf öffentlichen Foren über das Thema und über meine Thesen geführt habe, weitete sich der ursprüngliche Text durch inhaltliche Vertiefungen und thematische Erweiterungen stetig aus, bis er schließlich die Länge eines Buchmanuskripts erreicht hatte. Auf dem Weg dahin haben mich einige Kolleginnen und Kollegen besonders intensiv mit inspirierenden Anregungen und Ratschlägen sowie mit sehr hilfreichen Einwänden und konstruktiver Kritik

1 Emanuel Richter, »Demokratischer Symbolismus. Ein Instrument zur Kritik der Erscheinungsformen von Demokratie«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 26 (2013), S. 19-32.

begleitet, indem sie sich der aufmerksamen Lektüre des wachsenden Textkonvoluts gewidmet haben und mich mit ausführlichen Kommentaren dazu versorgten. Nur auf diesem Weg konnte aus den teilweise unvollständigen, unausgereiften oder unpräzisen Gedanken ein Text entstehen, dem ich in aller Zuversicht schließlich zugetraut habe, mein thematisches Anliegen angemessen und nach besten Kräften zum Ausdruck zu bringen. Ich möchte daher an dieser Stelle denjenigen meinen tiefen Dank aussprechen, die mir durch ihre inspirierende Kritik dazu verholfen haben, diese Zuversicht zu erlangen. Für ihre intensive und teilweise sehr aufwendige Auseinandersetzung mit meinem Text danke ich besonders Nabila Abbas, Karsten Fischer, Annette Förster, Richard Gebhardt, Andreas Niederberger, Jan Rohwerder und Hans-Jörg Sigwart. Auch Philipp Hölzing vom Suhrkamp Verlag hat mir wertvolle Hinweise gegeben und damit einem höchst respektablen Verständnis von der Tätigkeit eines Lektors Ausdruck verliehen. Philip Röhr danke ich für seine unermüdliche Unterstützung bei der Beschaffung von Literatur und bei der Gestaltung des Manuskripts. Alle diese unverzichtbaren Anregungen schmälern natürlich nicht meine Verantwortung als Autor, allein für die Plausibilität der Argumente und Thesen dieses Buches einzustehen.

Aachen, im September 2016, Emanuel Richter

I. Einleitung

1.1 Demokratie jenseits ihrer umstrittenen Verwirklichungen

Die »Demokratie« ist in aller Munde. Das Attribut »demokratisch« gilt in den verschiedensten Kulturkreisen und Herrschaftssystemen, auf unterschiedlichsten Problemebenen und in allen möglichen Arenen kollektiven Handelns als weithin anerkanntes Qualitätssiegel. Die Demokratie liefert den Maßstab der Bürgernähe, der fairen Formen des Entscheidens und des guten Regierens. In diesem Verständnis ist sie allgegenwärtig. Die »Feier der Demokratie« avanciert zum täglichen Ritual unter den politischen Amtsträgern, in der Öffentlichkeit und in den Medien. Selbst die Entscheidungsverfahren im privaten Kreis der Familie werden nach demokratischen Grundsätzen gestaltet. Kaum ein politischer Akteur kann sich jedenfalls dem allgemeinen Erwartungsdruck entziehen, demokratische Ideale zumindest deklamatorisch gutzuheißen oder eine *Demokratisierung* wenigstens bekenntnishaft in Aussicht zu stellen. Die Allgegenwart des demokratischen Leitbildes, seine eindrückliche Präsenz und verbreitete Akzeptanz stilisieren die Demokratie zur beispiellosen epochalen Errungenschaft, deren Popularität schließlich von ihrer eigenen Selbstevidenz zehrt – ihre pure Verbreitung liefert schon eine hinreichende Rechtfertigung.¹ Es werden Verständnisse und Standards der Demokratie zugrunde gelegt, deren Angemessenheit und Geltungskraft scheinbar fraglos hingenommen werden. Gerade die Einhelligkeit ihrer Wertschätzung liefert freilich aus wissenschaftlicher Perspektive genügend Anlass, eine solche Erfolgsgeschichte der Demokratie äußerst skeptisch zu betrachten. Ausgangspunkt einer kritischen Nachfrage ist der Verdacht eines floskelhaften Gebrauchs und der Zweifel hinsichtlich einer einheitlichen, vor allem aber plausiblen Einschätzung des Gegenstands.

Es liegt die Vermutung nahe, dass man leichtfertig das als demokratisch tituliert, was gerade den landläufigen Vorstellungen von Demokratie entspricht. Das ist vor allem ein nicht genauer definiertes Bündel an demokratischen Institutionen, Wertorientierung

1 John Keane, *The Life and Death of Democracy*, London, Sydney u. a. 2009, S. 84f.

gen und Verfahrensregeln. Auf der Basis dieser Strategie gilt dann zumindest jedes politische System als demokratisch, in dem freie Wahlen stattfinden, Parteienwettbewerb herrscht, Parlamente und Gewaltenteilung existieren, eine Verfassungsordnung besteht, die Möglichkeiten zu einer pluralistischen Öffentlichkeit gegeben sind und die Vermittlung des Mehrheitsprinzips mit dem Minderheitenschutz angestrebt wird. Die empirisch arbeitenden Sozialwissenschaften bedienen sich vielfach solcher kompakter Verständnisse des Gegenstands. Damit ist allerdings eine äußerst vage Merkmalsbeschreibung gewonnen, die das demokratische Anliegen nur aus der Perspektive der Funktionstüchtigkeit von Regierungssystemen bestimmt. So kommt eine konsensfähige Minimaldefinition der Demokratie zustande, die aus ihren beobachtbaren Erscheinungsformen herausdestilliert wird. Das führt zu der vorschnellen Schlussfolgerung, all jene politischen Strukturen und Verfahren für demokratisch zu halten, die von der Bevölkerung weithin akzeptiert werden, die eine entsprechende institutionelle Fassade hervorbringen und die erfolgreich kollektive Probleme lösen.

Vor diesem Hintergrund lässt sich das verbreitete Wohlwollen gegenüber der »Demokratie« mit der Herabwürdigung dieser Kategorie zu einer abstrakten Begriffshülse erklären, die einen prägnanten Aussagewert verloren hat und nur noch als probate Etikettierung für den Legitimationsbedarf faktisch höchst unterschiedlicher Formen von politischer Herrschaft dient. In der Tat ist die Bandbreite an Erscheinungsformen der Demokratie in der Gegenwart in auffälliger Weise unüberschaubar geworden. Am Ende liefert die Demokratie eben auch noch die verbrämte Umschreibung für die öffentliche Akzeptanz von bürgerferner Elitenherrschaft oder gar autoritärer Führung. Sogar Diktaturen geben sich den Anschein, auf der »demokratischen« Zustimmung der Bürgerschaft zu ihren autoritären Herrschaftsformen zu beruhen; auch die Diktatoren der modernen Welt haben sich »in das Kleid der Demokratie gehüllt«.² Ist die Demokratie mithin ein bloßes Instrument zur Beschaffung von Loyalität und Fügsamkeit gegenüber nahezu beliebig gestaltbaren politischen Machtverhältnissen? Steht die Demokratie gar nicht für ein Ideal der Beteiligung großer Bevölkerungskreise an den politischen Entscheidungsprozessen, sondern bloß für ein ver-

2 Keane, *The Life and Death of Democracy*, S. XXV.

breitetes Einverständnis mit effektiver politischer Herrschaft, die gegebenenfalls auch in der Regulierungsvollmacht von Diktatoren bestehen kann? Ist die Hochschätzung der Demokratie vielleicht der paradox anmutende Indikator für ein verbreitetes öffentliches Desinteresse an bürgerschaftlicher Beteiligung schlechthin, indem sie nichts weiter signalisiert als rhetorische Manöver oder propagandistische Strategien zur Beruhigung der Herrschaftsunterworfenen und zur Verhinderung eines bürgerschaftlichen Engagements, das die Reibungslosigkeit politischer Entscheidungsabläufe stört? Die Demokratie droht jedenfalls einer idiosynkratischen Beliebigkeit anheimzufallen, sie scheint anfällig zu sein für willkürliche Strategien der semantischen Etikettierung, die nur zum Ziel haben, die öffentliche Akzeptanz und Legitimation von politischen Regimen jeglicher Couleur zu erhöhen. Es kommt der Verdacht auf, dass die Demokratie in marktwirtschaftlicher Manier zu einer »Marke« verkommt, deren gutes »Image« völlig von Inhalten abgelöst wird. Die Demokratie scheint ein weithin geschätztes Gut darzustellen, dessen Gebrauchswert sich allerdings gar nicht mehr klar bestimmen lässt – die Demokratie fällt als Gestaltungsprinzip einem gleichsam kapitalistischen »Warenfetischismus« anheim.³ Die Allgegenwart der »Demokratie« könnte letztendlich nur ein Zeichen dafür sein, dass Bürgerinnen und Bürger, Politiker, Journalisten und Forscher einer Fehleinschätzung, Idealisierung oder schlicht der Ignoranz gegenüber jener politischen Praxis unterliegen, die sie leichtfertig und vorschnell mit dem Attribut »demokratisch« auszeichnen. Die unübersichtliche Vielfalt an Manifestationen und Beschwörungen der Demokratie lädt ein zu ideologischem Missbrauch, populistischer Aufladung oder gar totalitärer Vereinnahmung.

Der floskelhafte Gebrauch des Leitbildes »Demokratie« führt zur lautstarken Proklamation von höchst unterschiedlichen Demokratieverständnissen, die sich heftig einander widersprechen – und mithin nicht allesamt den gleichen Grad von Triftigkeit aufweisen können. In der populären Demokratiekritik kommen die dabei entstehenden Unschärfen des Gegenstandsbereichs markant zum Ausdruck. In den letzten Jahren hat es eine intensive – ihrerseits kontroverse – Debatte über den aufrüttelnden Befund gegeben, zumindest in den westlichen Regierungssystemen seien wir bereits

3 Wendy Brown, »Wir sind jetzt alle Demokraten«, in: Giorgio Agamben, Jaques Rancière u. a. (Hg.), *Demokratie? Eine Debatte*, Berlin 2012, S. 55-71, hier S. 55.

in ein »postdemokratisches« Zeitalter eingetreten. Dieses bewahre zwar noch die demokratischen »Formen« wie Wahlen, verabschiede ansonsten aber die Demokratie zugunsten von Elitenherrschaft, von politischem Entscheiden als einer schlichten Dienstleistung und von technokratischem Regieren zum Zwecke effizienter staatlicher Regulierung und öffentlicher Ordnung.⁴ In dieser intuitiv vielleicht noch einsichtigen Kritik an westlichen Herrschaftsformen wird allerdings wiederum kein systematisch entwickeltes Verständnis der Demokratie erkennbar, dessen inhaltliche Auszehrung man zweifelsfrei dingfest machen könnte. Es bleibt unklar, auf welcher Bewertungsskala und auf welcher demokratischen Arithmetik die Feststellung eines »danach« beruht. Welches Erscheinungsbild der Demokratie geht der »Postdemokratie« voraus? Unter welchen Bedingungen konnte die Demokratie jemals als erfüllt angesehen werden? Im Analysemuster der Postdemokratie bleibt zudem die wichtige normative Frage offen, ob das Verschwinden der Demokratie ein Problem darstellt oder ob man die Demokratie schlicht als historische Episode zu klassifizieren hat, die man als neutraler Beobachter ruhigen Gewissens feststellen und hinnehmen kann. Der Befund eines »danach« verliert jedoch unverzüglich seine Plausibilität, wenn man das demokratische Leitbild, das zur Feststellung einer dramatischen, epochalen Zäsur ermuntert, nur ein wenig inhaltlich verändert: Dann befinden sich viele westliche politische Systeme vielleicht noch immer deutlich *vor* substantziellen demokratischen Erfüllungsstufen, oder der postdemokratische Befund wird umgekehrt zum eigentlichen Ausweis einer neuen demokratischen Qualität, deren Vorzüge noch gar nicht klar benannt werden können. Es kommen erkenntnis- und methodenkritische Zweifel auf, ob vielleicht gerade das, was als der Niedergang der Demokratie beschrieben wird, eine bestimmte Form ihrer Verwirklichung darstellt. Die Ebenen der Problembeschreibung, der normativen Bewertungsgrundlagen und der Lösungsvorschläge müssen ganz offenkundig sorgfältiger analysiert und aufeinander bezogen werden.

Der Streit um das angemessene Demokratieverständnis, um die klassifizierende Zuordnung zu einem »Davor«, einem »Danach« oder gar einem »Mittendrin«, wird noch gesteigert durch Phäno-

4 Die Debatte ist angestoßen worden durch das zuerst 2003 auf Italienisch, dann 2004 auf Englisch erschienene Buch von Colin Crouch: *Postdemokratie*, Frankfurt/M. 2008.

mene, die momentan in auffälliger Häufigkeit in unterschiedlichen Weltregionen und Gesellschaftstypen, aber auch in den westlichen Regierungssystemen zu beobachten sind: vermehrte Volkserhebungen im Namen der Demokratie, Bürgerproteste gegen politische Eliten und ihre Politik in ungekanntem Ausmaß, enorme Ausweitungen institutionalisierter lokaler Beteiligungsformen, ein anschwellender Gebrauch der direkten Demokratie. Es besteht offenbar eine »Krise der politischen Repräsentation«, die mit durchaus »demokratischen« Gegenbewegungen in Gestalt von bürgerschaftlichem Engagement, neuen Partizipationsformen, Protest und Widerstand einhergeht. Es gibt ein wachsendes Potenzial an öffentlichem Unmut gegenüber den politischen Repräsentanten und Repräsentationsformen, das bemerkenswerterweise im Deutschen den kraftvollen Begriff des »Wutbürgers« hervorgebracht hat, ein Ausdruck, der eine ungeahnte politische Emphase, Entschlossenheit und Empörung signalisiert. Wie aber lässt sich dieser aktuelle Trend im Rahmen der vielfach attestierten Erfolgsgeschichte der Demokratie oder erst recht umgekehrt in dem Interpretationshorizont einer postdemokratischen Krisendiagnose beschreiben und erklären? Verkörpert der »Wutbürger« die ultimative Realisierung der Demokratie? Oder sind die interventionsfreudigen »Wutbürger« die Totengräber der institutionellen Substanz von Demokratie und berauben sie damit einer ihrer tragenden Säulen?⁵ Dem neuen Bürgerengagement wird jedenfalls vielfach eine Stärkung von »Partizipations- und Identifikationsmöglichkeiten, Förderung eines offenen und diskursiven Wettbewerbs, Stärkung der politischen Integration, Förderung des »öffentlichen politischen Lernens« sowie das Aufbrechen von Parteikartellen, Elitenkonsensen und hegemonialen Sichtweisen« zugeschrieben.⁶ Das klingt nach einem Demokratiegewinn. Hier scheint sich also der postdemokratische Trend an Prozessen einer *Re-Demokratisierung* zu brechen.

Zusätzliche Verwirrung stiftet ein Blick über den Tellerrand »westlicher« Gesellschaften. Es gibt offenkundig eine »Ungleichzei-

5 Hans Vorländer, »Der Wutbürger – Repräsentative Demokratie und kollektive Emotionen«, in: Harald Bluhm, Karsten Fischer u. a. (Hg.), *Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte*, Berlin 2011, S. 467-478, hier S. 476.

6 Markus Linden, Winfried Thaa, »Krise und Repräsentation«, in: dies. (Hg.), *Krise und Reform politischer Repräsentation*, Baden-Baden 2011, S. 11-41, hier S. 29.

tigkeit« der Demokratie dergestalt, dass – entgegen dem vermeintlichen postdemokratischen Trend im Westen – in Schwellenländern konventionelle demokratische Verfahren wie Wahlen, Verfassungsbildung oder die Organisation der politischen Willensbildung durch Parteien als große Errungenschaften gefeiert werden. Während die demokratischen Institutionen im eurozentrischen Bild der Postdemokratie den tragischen Nimbus von inhaltlich ausgehöhlten Formen und Ritualen annehmen, erscheinen sie andernorts als enormer politischer Qualitätsgewinn und Impulsgeber erhöhter Bürgerpartizipation. Woran ist die demokratische Errungenschaft zu messen? Muss das Verständnis von Demokratie so variabel bleiben wie die regionalen Gegebenheiten, in denen es artikuliert wird? Verhindert die Koexistenz von prä- und postdemokratischen Konstellationen die Möglichkeit von allgemeinen Aussagen über das demokratisch angemessene Verhältnis von institutioneller Ordnung und Partizipation? Ist die »Ungleichzeitigkeit« der Demokratie als der Normalfall zu verbuchen oder bedeutet sie die Bankrotterklärung für ein verbindliches, den jeweiligen Kontexten enthobenes Verständnis der Demokratie?

Wie kann es sein, dass sich normative Leitbilder der Demokratie in Hinblick auf die Ziele der Demokratie, auf die maßgeblichen Akteure, auf die Rolle von Partizipation, politischen Institutionen und Konstitutionalismus diametral voneinander unterscheiden? Sind die normativen Begründungen so schwach, dass sie in Beliebigkeit enden? Die Tendenz dazu scheint unverkennbar, denn die Unsicherheiten hinsichtlich der Demokratie spiegeln sich auch demokratietheoretisch wider. Bereits ein oberflächlicher Blick in die Varianten der Demokratietheorien zeigt, dass eine unüberschaubare Variabilität in Hinblick auf die Begründungsmuster zu herrschen scheint. Für die Repräsentanten einer »realistischen« oder »institutionellen« Demokratietheorie zählt das Leistungsvermögen von jenen politischen Systemen und Eliten, die unter dem Etikett der Demokratie ansehnliche Ergebnisse in Hinblick auf das politische Entscheiden erbringen, indem sie kraftvoll regulieren, eifrig Gesetze produzieren, die öffentliche Ordnung aufrechterhalten und hinlänglich für Wohlstand sorgen. Die demokratische Qualität wird an dem Verhältnis zwischen dem »output«, der regulativen Effizienz des Herrschaftssystems, und der Loyalität und Zufriedenheit der betroffenen Bürger bemessen. Für »Liberalen« wiederum besteht

die Demokratie vor allem aus der Gewährleistung einer Ordnung und eines Institutionengefüges, das die Freiheit des Individuums garantiert. Für »Republikaner« ist Demokratie im besten Fall Ausdruck der kooperativen Disposition des Menschen, zur Geltung gebracht in einer bürgerschaftlichen Gemeinschaftlichkeit. Kann es aber in der Demokratie gleichzeitig in »liberaler« Manier um den Schutz der Privatperson gegen den Staat sowie in »republikanischer« Manier um die Gestaltung der politischen Sphäre als Ausdruck einer grundlegenden Erfüllung menschlicher Koexistenz gehen? Bei den Vertretern deliberativer Demokratie schließlich gibt es diejenigen, die eine Erfüllung der Demokratie in der Konstruktion von politischen Verfahren zur Generierung konsensfähiger Entscheidungsbegründungen sehen. Andere deliberative Demokratietheorien markieren die erschöpfende Artikulation der Präferenzen aller potenziell Betroffenen als demokratische Ziellinie, ungeachtet der Folgen hinsichtlich der politischen Entscheidungsfähigkeit.⁷ Weitere deliberative Varianten stellen die expressiven Elemente und die antagonistischen Positionen im Politischen in den Vordergrund, deren Artikulation Deliberation auch dienen kann, ohne von vornherein auf Konsensbildung und Entscheidungsfindung ausgerichtet sein zu müssen. Die Skizzierung disparater Demokratieverständnisse lässt sich fortsetzen: Für Postdemokraten ist Demokratie ein Restbestand an wirkmächtigen politischen Formen, die ihrer Substanz beraubt worden sind. Für »Radikaldemokraten«, eine von frankophonen Diskursen bestimmte Variante postmarxistischer Demokratietheorie, ist Demokratie eine bislang noch unausgeschöpfte Substanz, die freilich immer unterhalb der Ebene ihrer realpolitischen Erfüllung verharren wird.

Kann es mithin auf der Basis von ganz unterschiedlichen Konzeptualisierungen des demokratischen Grundanliegens einander entgegengesetzte Modelle der Demokratie geben, deren Prämissen sich widersprechen? Geht damit nicht die Möglichkeit zu einer komparativen Bezugnahme der Demokratieverständnisse untereinander verloren? Und verschwindet so nicht auch gleichzeitig ein konturierter Gegenstandsbereich der »Demokratie« sowohl aus

7 Habermas referiert etwa drei wesentlich unterschiedliche Demokratiemodelle – liberale, republikanische und deliberative –, wobei er dem deliberativen die größte Plausibilität zuspricht: Jürgen Habermas, *Ach, Europa. Kleine politische Schriften XI*, Frankfurt/M. 2008, S. 142 f.